

»» Die Krise als Katalysator für nachhaltigeres Wirtschaften

18. Mai 2020

Autoren: Dr. Fritzi Köhler-Geib, Telefon 069-7431-2931, fritzi.koehler@kfw.de
KfW Research, Telefon 069 7431-9888, research@kfw.de

Ansatzpunkte für ein Wachstums- und Investitionsprogramm für die Zeit nach der Corona-Krise

Motivation

Die Corona-Pandemie bedeutet in jeder Hinsicht einen tiefen Einschnitt. Das Corona-Virus hat sich in kurzer Zeit weltweit verbreitet mit bislang über 4 Mio. Infizierten und fast 300.000 Toten. Um eine Überforderung der Gesundheitssysteme zu verhindern, ist das öffentliche Leben in vielen Ländern stark eingeschränkt worden, internationale Lieferketten wurden unterbrochen. In der Folge werden in den USA, in Europa und in Deutschland 2020 historische Rezessionen erwartet. In Deutschland könnte die Wirtschaftsleistung um 6 % einbrechen, ähnlich wie in der Finanzkrise 2009. Allerdings ist auch ein zweistelliger Absturz möglich.

Dadurch bringt die Krise viel in Bewegung; genau das eröffnet die Chance für Veränderung. Notgedrungen tun wir in dieser Krise Dinge, die wir nicht für möglich gehalten haben. Es gibt einen Digitalisierungsschub mit Homeoffice-Lösungen und neuen Geschäftsmodellen. Auch haben die meisten Menschen mit der Sorge um einen geliebten Menschen oder die wirtschaftliche Existenz starke Emotionen erlebt. Genau hierin liegt die Chance für Veränderung: Denn solche einschneidenden Ereignisse und Gefühlslagen bewirken, dass Menschen etablierte Ansichten und Herangehensweisen hinterfragen und neu bewerten.

Um diese Chance für eine Weichenstellung hin zu einem nachhaltigeren Wirtschaften zu nutzen, sind fünf Handlungsfelder entscheidend:

1. Krisenfestigkeit der Wirtschaft stärken;
2. Klimaneutralität der Wirtschaft vorantreiben;
3. Erfindergeist und geringere Berührungängste mit Digitalisierung in Produktivitätssteigerungen übersetzen;
4. Weiterhin die Vorteile internationaler Vernetzung nutzen und eine Nationalisierung von Wertschöpfungsketten vermeiden;
5. Europa stärken.

Das Gelingen einer solchen Weichenstellung erfordert Rahmenbedingungen, staatliche Unterstützungen und Investitionen bewusst in diese Richtung zu lenken.

Die Gestaltung eines Wachstums- und Investitionsprogramms, das gleichzeitig Wachstum und nachhaltigeres Wirtschaften fördert, ist dabei ein zentrales Instrument. Bisher haben Bund und Länder mit Konjunkturimpulsen in Nachtragshaushalten, erweitertem Garantierahmen, dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds und Sonderprogrammen ihrer Förderbanken ein umfangreiches Paket geschnürt, um die produktiven Strukturen der deutschen Wirtschaft in der Krise zu bewahren. Jetzt schwenkt der Fokus auf die Phase der Erholung. Es ist absehbar, dass auch in dieser Phase weitere staatliche Unterstützung erforderlich wird. Dabei lohnt sich ein Wachstums- und Investitionsprogramm, das gleichzeitig Wachstum anschiebt und die strukturellen Herausforderungen angeht.

Das Ziel dieses Papiers ist die fünf Handlungsfelder mit Leben zu füllen und erste Impulse zu setzen, wo ein Wachstums- und Investitionsprogramm ansetzen kann, das sie berücksichtigt. Ein solches Wachstums- und Investitionsprogramm stellt Deutschland gut auf, auch mittel- und langfristig Einkommen zu erwirtschaften.

Krisenfestigkeit stärken, um zukünftige Krisen gut zu überstehen

Grundsätzlich ist Deutschland bislang vergleichsweise gut durch die Corona-Krise gekommen. Das ist dem überwiegend umsichtigen Handeln aller staatlichen und privaten Akteure zu verdanken. Sie ergriffen und setzten Eindämmungsmaßnahmen zügig um, um Leben zu schützen und Lebensgrundlagen zu erhalten. Gleichzeitig haben Bund und Länder rasch einen umfassenden wirtschaftlichen Schutzschirm zur finanziellen Stützung von Unternehmen und Beschäftigten aufgespannt und die Unterstützungsleistungen schnell zur Verfügung gestellt.

Die Krise hat jedoch die Verwundbarkeit unserer Wirtschaft und Gesellschaft offengelegt. Dadurch rückt die Erkenntnis, wie wichtig Krisenfestigkeit oder Resilienz ist, bei allen Akteuren – Staat, Unternehmen und privaten Haushalten – stärker ins Bewusstsein. Das ist im gesamtgesellschaftlichen Interesse. Denn in Krisenzeiten muss der Staat handlungsfähig bleiben und die Aufrechterhaltung zentraler Bereiche der Daseinsvorsorge gewährleisten, Unternehmen müssen sowohl bei der Produktion als auch in ihren Beschaffungs- und Absatzmärkten für Durststrecken gewappnet sein, und auch die privaten Haushalte müssen für die Überbrückung unerwarteter Engpässe eine gewisse Vorsorge treiben.

Eine erhöhte Krisenfestigkeit ist ein wichtiger Pfeiler einer nachhaltigen Entwicklung, verursacht jedoch gleichzeitig Kosten. Für eine resiliente Wirtschaft und Gesellschaft müssen Krisenpläne ernst genommen und, wo notwendig, angepasst und erweitert werden. Dabei gilt es jedoch zu bedenken, dass eine umfassende Vorsorge für alle denkbaren Krisensituationen schlichtweg nicht möglich sein wird. Denn Krisenfestigkeit ist nicht umsonst zu haben, entsprechende Maßnahmen verursachen Kosten. Zudem sind manche Risiken auch weder mit Blick auf den Zeitpunkt noch auf die Auswirkungen vorhersehbar. Resilienz, Wachstum und Ressourceneffizienz stehen daher in einem Spannungsfeld. Aufgabe der Politik ist es, die Rahmenbedingungen und Anreize so zu setzen, dass die Risiken tragbar bleiben und die Gesellschaft potenzielle Krisen bestmöglich bewältigen kann.

Investitionen in eine erhöhte Krisenfestigkeit und den Umbau zu nachhaltigen Strukturen zahlen sich aus, auch wenn dadurch gegebenenfalls die Verschuldung steigt. Denn sie sichern zukünftiges Wachstum. Die Konsolidierungsanstrengungen der letzten Jahre tragen nun Früchte. Denn die deutschen Staatsfinanzen bieten auf allen föderalen Ebenen Raum für wachstumsstärkende Investitionen. Mit einem erwarteten Schuldenniveau von 72 % des BIP 2021 bleibt dies für den Staat handhabbar mit weiterem Spielraum. Gleiches gilt für die Verschuldung der Kommunen, deren Anteil an der öffentlichen Verschuldung sich auf 7 % beläuft. Auch die solide finanzielle Situation der Unternehmen mit einer Verschuldung von 73 % des BIP 2019 und der privaten Haushalte (Verschuldung von 54 % des BIP 2019) in der Breite ist eine gute Ausgangsbasis, um den strukturellen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft zu schultern. Auch die Ausgangslage des Bankensektors mit gestärktem Eigenkapital und einer geringen Kreditausfallquote bietet eine solide Basis.

In den zentralen Handlungsfeldern, auf die wir im Folgenden eingehen, muss der Aspekt der Krisenfestigkeit daher stets mitbedacht werden, denn eine erhöhte Krisenfestigkeit ist für ein nachhaltiges Wachstumsmodell unabdingbar.

Klimaneutralität und Anpassung durch effizienten Klimaschutz vorantreiben

Die Corona-Krise birgt die Chance, dass die Gesellschaft die Dringlichkeit einer Klimakrise neu bewertet. Während die Attributionsforschung schon seit einigen Jahren nachweisen kann, dass die extremen Wetterlagen, die weltweit bereits jetzt eintreten, – vor allem in ihrer Häufung – nur durch den Klimawandel erklärbar sind, werden solche Wetterextreme in Ausmaß und Frequenz und die damit verbundenen Schäden noch um ein Vielfaches ansteigen, sollte der globale Temperaturanstieg weiter fortschreiten. Die Corona-Krise demonstriert eindrücklich, was eine akute Krisensituation bedeutet und erforderlich macht, die die gesamte Gesellschaft betrifft und nicht nur z. B. Anwohner eines überschwemmten Flusses oder eines Sturmgebiets.

Die notwendigen Ressourcen auf die Erreichung von Klimaneutralität zu verwenden ist auch eine Frage von Krisenfestigkeit. Es sind noch weitaus stärkere Anstrengungen erforderlich als bisher, um tatsächlich eine Begrenzung des globalen Temperaturanstiegs gegenüber dem vorindustriellen Niveau von deutlich unter 2° Celsius zu erreichen. Eine solche Begrenzung ist nicht nur eine Verpflichtung aus dem internationalen Klimaschutzabkommen von Paris oder im Klimaschutzpaket der Bundesregierung 2019 verankert, sondern auch mit Blick auf die zu erwartenden Kosten der Klimaschäden und die notwendigen Anpassungsmaßnahmen wirtschaftlich sinnvoll, wie eine neue Studie des Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung zeigt. In dieser Hinsicht sind Maßnahmen zur Erreichung von Klimaneutralität und Anpassung auch Ausdruck von krisenfestem Wirtschaften.

Das Wachstums- und Investitionsprogramm kann dabei einen wichtigen Beitrag leisten mit Blick auf die erforderlichen öffentlichen Investitionen und die Anreize für private Investitionen vor allem in vier Bereichen. Die erforderlichen Mehrinvestitionen, um bis 2050 Emissionen um 95 % gegenüber 1990 zu reduzieren oder Klimaneutralität in Deutschland zu erreichen, werden von einer Studie des Bundesverbandes der Industrie auf über 2,3 Bio. EUR geschätzt. Öffentliche Investitionen in die Sanierung oder den Neubau von klimaneutralen Gebäuden der öffentlichen Hand sind dabei ein Ansatzpunkt. Insbesondere in den folgenden vier Bereichen bieten sich Chancen, Wachstum und Klimaneutralität durch Anreize für den privaten Sektor gleichzeitig zu fördern: 1. Verkehr; 2. Industrie; 3. Gebäude; und 4. Erneuerbare Energien.

Ein Hauptansatzpunkt für eine nachhaltige Mobilität ist eine höhere Marktdurchdringung bei Elektromobilität und der Ausbau der nötigen Ladeinfrastruktur. Im Verkehrssektor ist noch besonders viel zu tun in Richtung Klimaneutralität, weil bisher CO₂-Einsparungen durch effizientere Antriebe durch mehr schwerere Fahrzeuge und Verkehr kompensiert worden sind. Laut KfW-Energiewendebarmeter 2019 fahren nur 1,2 % der Haushalte in Deutschland ein Elektroauto. Die Gründe für diese niedrige Rate sind vielfältig. Dabei haben bereits jetzt die meisten Elektromotoren gegenüber Verbrennern einen Vorteil, mit Blick auf den CO₂-Ausstoß über den Lebenszyklus eines Autos. Deshalb sind Maßnahmen, die zu einer höheren Marktdurchdringung bei Elektromobilität führen, ein Beitrag zur Klimaneutralität. Weitere Ansatzpunkte liegen beim Ausbau des öffentlichen Personen- und Güterverkehrs. Dazu kann auch die Umsetzung technologiebasierter Lösungen zur Verminderung von CO₂-Emissionen beitragen, beispielsweise durch die Versteigerung von Zeitfenstern, um mit Autos in Städte zu fahren. Durch die Förderung einer nachhaltigen Mobilität können somit neben Klimavorteilen auch zukunftsfähige Wachstumsmärkte erschlossen werden, nicht zuletzt für die sich im Umbruch befindliche hiesige Automobilbranche. Als Folge ist auch der Aufbau innovativer Dienstleistungen im selben Bereich möglich.

Die Dekarbonisierung der Industrie bietet die Chance, einen substanziellen Beitrag zur Klimaneutralität zu leisten. Ein frühzeitiger Einstieg in klimafreundliche Technologien, wie die grüne Wasserstoffwirtschaft erschließt zukünftige Exportpotenziale für deutsche Anlagentechnologien und leistet gleichzeitig einen wertvollen Beitrag zum Klimaschutz. Für einen Markthochlauf sind weitere staatliche Impulse notwendig, die Investitionen in Elektrolyseanlagen im großindustriellen Maßstab zu stimulieren und die Nachfrage nach strombasierten Brenn-, Kraft- und Grundstoffen zu steigern.

Durch die energetische Sanierung des Gebäudebestands können hohe Treibhausgasminderungen erzielt und gleichzeitig Beschäftigung gesichert werden. Gerade im Nichtwohngebäudebereich liegt ein lohnender Ansatzpunkt. Zwar fällt nur jedes siebte Gebäude in diese Kategorie, allerdings verantworten sie fast die Hälfte aller Treibhausgasemissionen. Angebote, die die spezifischen Hemmnisse energieeffizienter Sanierung dieser Gebäude angehen, können deshalb einen großen Effekt haben. Auch bei Wohngebäuden muss ein Ziel der Maßnahmen sein, die Sanierungsrate zu erhöhen. Ein Ansatzpunkt könnte der zunehmende Einsatz von Wärmepumpen sein oder die Stärkung der seriellen energetischen Sanierung. Diese Maßnahmen haben gleichzeitig einen positiven Wachstumseffekt auf die Bauwirtschaft und könnten dort einen Innovationsschub auslösen.

Klimaneutralität erfordert zudem den beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren Energien. Dadurch werden sowohl die Energieversorgung krisenfester gemacht als auch Arbeitsplätze in der heimischen Erneuerbare Energien-Industrie gesichert. Gleichzeitig wird so sichergestellt, dass ausreichend „Grüne Energie“ z. B. für die Elektromobilität produziert wird. Neben einem Abbau regulatorischer Hürden auf Bundes- und Länderebene (z. B. Ausbaudeckel für Photovoltaik, Genehmigungshemmnisse) könnte dazu auch die Wiederaufnahme einer konsequenten, bundesweiten Ausbauförderung für Erneuerbare Energien einen Beitrag leisten.

Allerdings ist ein zentrales Thema mit Blick auf die Anreize hin zu mehr Klimaneutralität die CO₂-Bepreisung. Sie ist ein Instrument, das Lenkwirkung bei möglichst geringer Marktverzerrung bedeutet. Es ist vorstellbar, dass die derzeitige Krisenerfahrung die gesellschaftliche Meinung über einen verkräftbaren CO₂-Preis verändert hat. Angesichts stark gesunkener Preise für fossile Energieträger im Zuge der Corona-Krise können Kostennachteile klimafreundlicher Technologien durch eine möglichst umfassende CO₂-Bepreisung kompensiert werden. Ein Beispiel für diesen Ansatz ist die Einführung eines nationalen Brennstoff-CO₂-Emissionshandels-systems für die Sektoren Wärme und Verkehr ab 2021. Das ist eine wichtige Stellschraube mit Blick auf die Rahmenbedingungen der Erholung.

Krisenbedingten Erfindergeist und Digitalisierungserfahrungen in Produktivitätssteigerungen nach Corona übersetzen

Die Krise hat notgedrungen den Erfindergeist in vielen Unternehmen geweckt, sie haben Geschäftsmodelle angepasst und in digitalen Lösungen umgesetzt. 43 % der mittelständischen Unternehmen haben bereits ihre Angebotspalette oder Geschäftsmodelle modifiziert. Viele Unternehmen haben ihre Geschäftstätigkeit während des Lockdowns mithilfe von Homeoffice-Lösungen aufrechterhalten.

Diese Kreativität und Nutzung moderner Technik müssen zukünftig in Produktivitätssteigerungen und Krisenfestigkeit übersetzt werden, damit wir unseren Wohlstand aufrechterhalten können. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels in Deutschland werden Produktivitätssteigerungen durch Digitalisierung und Innovation wesentliche Quellen unseres zukünftigen Wohlstandes sein. In diesem Zusammenhang ist die Unterstützung des Start-up-Sektors besonders wichtig. Die Fähigkeit, das bestehende Knowhow in Zukunftstechnologien, z. B. in High- oder Deeptech-Gründungen, während der Krise und in der Erholungsphase zu schützen, ist auch ein wichtiger Wettbewerbsfaktor. Eine stärkere Digitalisierung bringt auch Verletzlichkeiten mit sich z. B. gegenüber digitalen Angriffen, die von vornherein mit berücksichtigt werden müssen, um Vorbehalte auszuräumen und um diese Chance zu nutzen.

Großer Investitionsbedarf besteht in der digitalen Infrastruktur und im Aus- und Weiterbildungsbereich. Hier sind die Infrastrukturinvestitionen von Kommunen und Ländern für den Ausbau des Breitband- und des Mobilfunknetzes (5G) ein Ansatzpunkt. Sie müssen vorangetrieben werden, um flächendeckend schnelles Internet für alle verfügbar zu machen, z. B. als Voraussetzung für einen weiteren Ausbau von Homeoffice-Kapazitäten, vernetzter Zusammenarbeit und Zukunftsdiensten (z. B. autonomes Fahren). Der Aufbau eines Netzes ist allerdings mit erheblichen Anfangsinvestitionen bei gleichzeitig hohen Unsicherheiten verbunden. Förderangebote für die lokalen Netzinhaber beim Bau und Unterhalt der neuen Netze können deshalb zusätzliche Ausbauimpulse auslösen. Um gerade den Breitbandausbau im ländlichen Raum voranzutreiben, bedarf es aber auch einer Vereinfachung von Planfeststellungsverfahren und Förderbedingungen. Das wird helfen, die Produktionskosten mit der Zahlungsbereitschaft der Verbraucher für hohe Bandbreiten zusammenzubringen. Um den Fachkräftemangel auf allen Stufen des Bildungssystems zu lindern, ist verstärkt in Aus- und Weiterbildung des Erwerbsspersonspotenzials und in personalpolitische Maßnahmen auf Unternehmensebene zu investieren.

Für mehr Innovationen braucht es zusätzliche Finanzierungsangebote für die Entwicklung neuer Ideen, Geschäftsmodelle und digitaler Lösungen bei Unternehmen. Forschung und Entwicklung ist die Basis, um zukunftssträchtige Technologiefelder in Deutschland zu etablieren. Die Anstrengungen der zurückliegenden Jahre müssen weiterhin verstärkt werden. In der Breite der Wirtschaft müssen Innovations- und Digitalisierungsbarrieren hinsichtlich Infrastruktur, Finanzierung, Bildung und Knowhow abgebaut und neue Ideen gefördert werden. Auch Gründungen von technologiebasierten Start-ups treiben den strukturellen Wandel hin zu neuen Technologiefeldern in besonderem Maß voran. Adäquate Finanzierungsangebote für Unternehmen stellen bei diesen Aspekten einen Schlüssel dar.

Internationale Vernetzung weiter stärken und für krisenfestes Wirtschaften nutzen

Der Erhalt der internationalen Arbeitsteilung ist für Deutschland existenziell trotz der in der Corona-Krise offenbarten Abhängigkeit von anderen Volkswirtschaften. Engpässe bei der Versorgung mit Arzneimitteln und Medizintechnik sowie Produktionsstörungen wegen fehlender Zulieferteile aus dem Ausland haben zu Forderungen nach einer Nationalisierung von Wertschöpfungsketten geführt. Zudem hat das Einbrechen der Exporte – im März 2020 lagen sie rd. 12 % unter dem Vormonatsniveau, dem stärksten Rückgang seit Beginn der Zeitreihe 1990 – die Verletzlichkeit Deutschlands mit Blick auf globale Schocks in Absatzmärkten offengelegt. Allerdings

wäre eine Abkehr von internationaler Arbeitsteilung und Außenhandel mit einer Verringerung des Wohlstandes verbunden. Schätzungen gehen davon aus, dass in Deutschland das reale Einkommen je Einwohner ohne internationalen Handel mindestens 22 % niedriger ausfallen würde. Deshalb ist es sinnvoll, bei den Themen Versorgungssicherheit sowie Verletzlichkeit von Lieferketten und Absatzmärkten separat anzusetzen, um die Krisenfestigkeit zu erhöhen.

Globale Risiken verlangen eine Beschäftigung mit Versorgungssicherheit. Mit Blick auf diese könnte es ein Ansatzpunkt sein, strategische Reserven für ausgewählte Güter wie z. B. Arzneimittel und Medizintechnik anzulegen. Auch die angekündigte EU-Strategie für Arzneimittel wird die Versorgungssicherheit adressieren. Wünschenswert wäre, länderspezifische Maßnahmen für den Krisenfall in die Überlegungen auf EU-Ebene einzubeziehen, wenn sie z. B. Bereiche wie den intraeuropäischen Transport betreffen, damit die beabsichtigte Absicherung effizient ausgestaltet werden kann. Der strategische Bereich der Datensicherheit und IT-Infrastruktur gewinnt mit fortschreitender Digitalisierung an Bedeutung. Vorschriften und Anforderungen zur Krisenfestigkeit in diesem Bereich, z. B. zur Datenspeicherung, werden für immer mehr Unternehmen relevant und könnten perspektivisch geschärft und gebündelt werden.

Damit Unternehmen ihre Risiken hinsichtlich Wertschöpfungsketten und Absatzmärkten diversifizieren können, sind sie auf die Möglichkeit zu fairem internationalen Handel angewiesen. Dazu tragen verlässliche Rahmenbedingungen für den Handel im EU-Binnenmarkt und mit Nicht-EU Ländern bei und sprechen für ein Eintreten für den Abbau tarifärer und nicht-tarifärer Handelshemmnisse. Weiter ließe sich der EU-Binnenmarkt stärken, indem die Arbeitsmobilität innerhalb der EU nicht durch unnötige Bürokratie behindert wird. Letzteres würde auch grenzüberschreitenden Dienstleistungen in der EU zugutekommen. Außerdem würden Unternehmen profitieren, wenn die Vereinheitlichung oder gegenseitige Anerkennung von Gesetzen, Vorschriften und Standards zwischen EU-Mitgliedstaaten vorangetrieben wird.

Gerade kleineren Unternehmen hilft eine Unterstützung bei der Erschließung zusätzlicher Beschaffungs- oder Absatzmärkte, das Risiko von gestörten Lieferketten oder Umsatzausfällen zu reduzieren. Denn bisher haben die meisten Mittelständler aufgrund der hohen Markterschließungskosten nur Beziehungen zu wenigen Märkten, von denen sie dann entsprechend abhängig sind. Digitale Lösungen wie Plattformen könnten hier ausgebaut werden und bestehende Angebote ergänzen. Auch bessere Finanzierungsangebote, insbesondere für kleinvolumige Auslandsvorhaben, könnten einen Beitrag leisten.

Europa stärken und für zukünftige Herausforderungen rüsten

Die Unterstützung für ein stabiles Europa ist im Eigeninteresse Deutschlands. Nur in einer starken Europäischen Union kann Deutschland seinen Wohlstand wahren und zusammen mit den Europäischen Partnern globale Herausforderungen angehen.

Die Einigung auf ein finanzielles Sicherheitsnetz zur Bewältigung der Krise ist ein erster Erfolg für die Stabilität Europas. Die EU hat ihren Handlungswillen unter Beweis gestellt, allerdings treten mit den harten Auseinandersetzungen über Finanzierungsinstrumente auch potenzielle Bruchstellen deutlich hervor. Gerade Deutschland mit seinem außenhandelsbasierten Wirtschaftsmodell und einem auf demokratischer Rechtsordnung basierendem Wertesystem hat ein hohes Interesse, sich den Zentrifugalkräften in Europa entgegen zu stellen.

Ein Europäischer Wiederaufbaufonds birgt wie ein Wachstums- und Investitionsprogramm für Deutschland die Chance, die Krise für eine Fokussierung auf strategische Zukunftsfelder zu nutzen. Der europäische Green Deal und ein Europa für das digitale Zeitalter gehören zu Recht zu den Prioritäten der EU-Kommission, um bei Spitzentechnologien nicht den Anschluss zu verlieren und die Wirtschaft nachhaltig zu modernisieren. Das EU-Budget braucht ausreichend Mittel für Investitionen in grüne Technologien, digitale Infrastruktur (z. B. mobile Netze) und Kompetenzen (z. B. KI). Auch der Vollendung der Banken- und Kapitalmarktunion kommt eine wichtige Rolle zu, weil sie durch mehr private Risikoteilung, verbesserte Schockabsorption und Risikokapital ein krisenfesteres Wirtschaften erleichtert und Innovation fördert.

Die Krise als Katalysator für nachhaltigeres Wirtschaften

Zusammenfassend gilt es, schnell ein Wachstums- und Investitionsprogramm zu entwerfen, das die strukturellen Herausforderungen der deutschen Wirtschaft berücksichtigt und eine klare Zielvorstellung nachhaltigen Wirtschaftens transportiert. Aus unserer Sicht zentral sind dabei die fünf oben beschriebenen Handlungsfelder: Resilienz, Klimaneutralität, Produktivitätssteigerungen durch Innovation und Digitalisierung, diversifizierte internationale Vernetzung und ein gestärktes Europa.